Geset = Sammlung

für die

Koniglichen Preußischen Staaten.

Nr. 27.

Inhalt: Nachtrag zu bem Staatsvertrage vom 17. Oktober 1878 über das Landgericht in Meiningen, S. 189.

— Geset, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Witkowo, S. 190. — Berkanntmachung der nach dem Geset vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter publizirten landesherrlichen Erlasse, Urkunden 20., S. 191.

(Nr. 9918). Nachtrag zu dem Staatsvertrage vom 17. Oktober 1878 über das Landgericht in Meiningen. Vom 19. Februar 1897.

Seine Majestät der König von Preußen, Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen und Seine Königliche Hoheit der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha haben eine Abänderung des Staatsvertrages vom 17. Oktober 1878, betreffend die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts in Meiningen, in Aussicht genommen, um eine andere Regelung der Gehälter für die Landrichter zu ermöglichen, und haben zum Zwecke einer Bereinbarung hierüber zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen: Allerhöchstihren Geheimen Oberjustigrath Vierhaus,

Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen: Höchstihren Staatsminister Dr. von Heim,

Seine Königliche Hoheit der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha: Höchstihren Staatsminister von Strenge,

welche unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation nachstehenden Staatsvertrag geschlossen haben:

Artifel 10 des Staatsvertrags vom 17. Oftober 1878 erhält vom 1. Juli 1897 ab die nachstehende abgeänderte Fassung:

Die Gehälter der Landrichter werden nach Dienstaltersstufen geregelt. Das Besoldungsdienstalter wird von der etatsmäßigen Unstellung in einem Richteramte oder dem Amte eines Staatsanwalts Geseh-Samml. 1897. (Nr. 9918—9919.)

Ausgegeben zu Berlin ben 30. Juni 1897.

ab berechnet. Darüber, inwieweit die in einem anderen etatsmäßigen Amte des Staatsdienstes zugebrachte Dienstzeit anzurechnen ist, bleibt die Vereinbarung im einzelnen Falle vorbehalten. Das Besoldungsbienstalter ist in der Anstellungsurkunde anzugeben.

Die vertragschließenden Staatsregierungen werden über die Zahl der Dienstaltersstufen, die Dauer des Verweilens auf ihnen, die Höhe der zu gewährenden Alterszulagen und die Grundsätze für deren Verleihung allgemeine Bestimmungen treffen.

Den Landrichtern darf die ihnen nach diesen Bestimmungen zukommende

Gehaltszulage nicht versagt werden.

Dieser Vertrag ift in drei Exemplaren ausgefertigt und unterschrieben worden.

Berlin, den 19. Februar 1897.

(L. S.) Bierhaus.

Meiningen, den 19. Februar 1897.

(L. S.) v. heim.

Gotha, den 19. Februar 1897.

(L. S.) v. Strenge.

Der vorstehende Nachtragsvertrag ist ratifizirt worden und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

(Nr. 9919.) Geset, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Witkowo. Vom 21. Juni 1897.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

§. 1.

In der Stadt Witkowo im Kreise Witkowo wird ein Amtsgericht errichtet. Demselben werden unter Abtrennung von dem Amtsgericht in Gnesen aus dem Kreise Witkowo:

die Städte Wittowo, Powidz und Mieltschin, die Polizeidistrifte Wittowo Oft und Wittowo West, und aus dem Polizeidistrikt Schwarzenau:

die Landgemeinden Cielimowo, Jarzombkowo, Neu-Tecklenburg und Zulcz sowie

die Gutsbezirke Cielimowo, Czechowo, Grotkowo, Jarzombkowo, Jelitowo und Zulcz

zugelegt.

§. 2.

Der Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird durch Königliche Versordnung bestimmt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Helgoland, den 21. Juni 1897.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Boetticher. v. Miquel. Thielen. Boffe. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt. Frhr. v. d. Rede. Brefeld. v. Gogler.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357) sind bekannt gemacht:

- 1) die Allerhöchste Konzessionsurkunde vom 7. April 1897, betreffend den Bau und Betrieb der schmalspurigen Nebeneisenbahnstrecke von Niederspleiß nach Siegburg durch die Brölthaler Eisenbahnsuktiengesellschaft, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Cöln Nr. 22 S. 191, ausgegeben am 2. Juni 1897;
- 2) das Allerhöchste Privilegium vom 29. April 1897, wegen Ausgabe von 5 700 000 Mark dreieinhalbprozentiger Anleihescheine der Stargard-Cüstriner Eisenbahngesellschaft, Ausgabe von 1897, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Stettin Nr. 23 S. 151, ausgegeben am 11. Juni 1897 (zu vergl. die Bekanntmachung Nr. 8 S. 168);
- 3) der Allerhöchste Erlaß vom 10. Mai 1897, betreffend die Herabschung des Zinssußes der von der Stadt Münster auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 3. Januar 1883 aufgenommenen Anleihe von 4 auf 3½ Prozent, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Münster Nr. 23 S. 169, außgegeben am 10. Juni 1897.

und and den Addigibility Communican;

ie Lindenschoen Ciclimono, Jacquinbland, May Tedlenburg und

Die Glutebenirke Sieffmeme, Egenome, Grestlone, Ausgenblones,

jugalegit on complete land

Der Ton ber Infraftiretens diefenes wird durch Linkigliche Mer-

Urhandlich unter Unitern Höchsteigenbändigen Unterschift und beigebrucken

Segeben Selgoland, ben 21. Juni 1897.

(L. S.) Wilhelm

Jurft zu Hobenlobe. v. Boetticher. v Miquel. Thielen. Boffe. Frbr. v. hammerstein. Chonftebte Jehr. v. d. Medt. Brefeld. v. Gogler.

Belauntnnachung.

Nach Borschrift bes Gesehes vom 10. April 1872 (Gesehlemmnt. S. 357)

1) die Allerhöchste Konzesslopsurkunde vom T. Abril 1897, betressend den Bau und Betrieb der schmalspurigen Rebeneisenbahnstrecke von Riederpleis nach Siegdurg durch die Brölthaler Eisenbahn-Alksiengesellschaft, durch das Anntsblatt der Königl. Regierung zu Cöln Nr. 22 S. 191, außgegeben am 2 Juni 1897:

2) das Allerhöchste Ariviteglium vom 29. Abril 1897, wegen Allegade von 5 700 900 Mark breichnbaldprogentiger Anleibescheme der Staranzb-Cüstriner Cisenbahngeschlichaft. Aksgade von 1897, durch das Amisblatz ver 1897, durch das Annisblatz ver 1897 ausgegeben am 11. Juni 1897 (au vergl. die Befonntmachung der 8 C. 151, ausgegeben am 11. Juni 1897 (au vergl. die Befonntmachung der 8 C. 168).

3) der Allerhöchste Erlaß vom 10. Mai 1897, betressend die Herdseung des Sinssußes der von der Stadt Nünster auf Ermo des Allerhöchsten Brivilegiums vom I. Januar 1883 aufgenommenen Anleide von 4 auf I. Prozent, duch das Alumsblatt der Königk Regirung zu Nümster Idr. 23 S. 169, ausgegeben am 10. Juni 1897.